

Jahres- abschluss

für das Geschäftsjahr
1. Oktober 2023
bis 30. September 2024



Inhalt

Zusammengefasster Lagebericht für das Geschäftsjahr 2023/2024	3
Bilanz zum 30. September 2024	4
Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Oktober 2023 bis 30. September 2024	5
Anhang für das Geschäftsjahr 2023/2024	6
1 Allgemeine Hinweise	6
2 Registerinformationen	6
3 Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze	6
4 Erläuterungen zur Bilanz	10
5 Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung	15
6 Sonstige Angaben	18
7 Organe der Gesellschaft	21
Aufstellung des mittelbaren und unmittelbaren Anteilsbesitzes der SCHOTT Pharma AG & Co. KGaA zum 30.9.2024 gemäß § 285 Satz 1 Nr. 11 HGB	23
Versicherung der gesetzlichen Vertreter	24
Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers	25
Impressum	33

ZUSAMMENGEFASSTER LAGEBERICHT FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR 2023/2024

Der Lagebericht der SCHOTT Pharma AG & Co. KGaA, Mainz, und der Konzernlagebericht sind nach § 315 Abs. 5 HGB in Verbindung mit § 298 Abs. 2 HGB zusammengefasst und im Geschäftsbericht der SCHOTT Pharma AG & Co. KGaA veröffentlicht.

Der Jahresabschluss und der mit dem Konzernlagebericht zusammengefasste Lagebericht der SCHOTT Pharma AG & Co. KGaA für das Geschäftsjahr 2023/2024 werden beim Unternehmensregister eingereicht und auf dieser zentralen Plattform für die Zugänglichmachung von Unternehmensdaten veröffentlicht.

Weiterhin sind der Jahresabschluss sowie der Geschäftsbericht der SCHOTT Pharma AG & Co. KGaA, Mainz für das Geschäftsjahr 2023/2024 auf unserer Website unter <https://www.schott-pharma.com/investor-relations/de/news-und-veroeffentlichungen/berichte-und-praesentationen/> verfügbar.

BILANZ ZUM 30. SEPTEMBER 2024

Aktiva (in Euro)	30.9.2024	30.9.2023
A. Anlagevermögen		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände		
Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	181.358,42	381.956,31
	181.358,42	381.956,31
II. Sachanlagen		
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten	10.524.715,53	6.207.821,19
2. Technische Anlagen und Maschinen	52.789.371,65	39.961.901,23
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	13.061.351,91	10.827.343,93
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	64.187.350,83	53.102.568,43
	140.562.789,92	110.099.634,78
III. Finanzanlagen		
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	484.457.723,81	479.963.676,27
2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen	4.000.000,00	103.510.024,95
3. Beteiligungen	4.193.466,48	4.193.466,48
	492.651.190,29	587.667.167,70
	633.395.338,63	698.148.758,79
B. Umlaufvermögen		
I. Vorräte		
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	7.157.515,16	6.888.101,20
2. Unfertige Erzeugnisse, unfertige Leistungen	1.886.195,61	786.794,24
3. Fertige Erzeugnisse und Waren	7.508.696,08	8.234.714,19
	16.552.406,85	15.909.609,63
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	11.409.550,39	12.288.350,04
2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	132.606.536,25	57.536.570,06
3. Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	8.606,00	2.034.747,99
4. Sonstige Vermögensgegenstände	6.987.646,63	2.056.476,08
	151.012.339,27	73.916.144,17
	167.564.746,12	89.825.753,80
C. Rechnungsabgrenzungsposten	638.086,28	557.981,94
Bilanzsumme	801.598.171,03	788.532.494,53

Passiva (in Euro)	30.9.2024	30.9.2023
A. Eigenkapital		
I. Gezeichnetes Kapital ¹	150.614.616,00	150.614.616,00
II. Kapitalrücklage	491.934.852,78	491.934.852,78
III. Bilanzgewinn	67.346.528,25	50.052.476,32
	709.895.997,03	692.601.945,10
B. Rückstellungen		
1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	21.966.760,60	20.053.114,96
2. Steuerrückstellungen	11.564.251,00	11.564.251,00
3. Sonstige Rückstellungen	20.126.816,56	24.126.434,22
	53.657.828,16	55.743.800,18
C. Verbindlichkeiten		
1. Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	19.637.481,78	20.699.225,47
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	8.936.931,52	9.163.881,60
3. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	8.486.561,66	9.337.714,99
4. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	0,00	7.565,45
5. Sonstige Verbindlichkeiten	983.370,88	978.361,74
	38.044.345,84	40.186.749,25
Bilanzsumme	801.598.171,03	788.532.494,53

¹ Bedingtes Kapital zum 30. September 2024 in Höhe von 25.000 Tsd. Euro (im Vorjahr 25.000 Tsd. Euro).

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR VOM 1. OKTOBER 2023 BIS 30. SEPTEMBER 2024

(in Euro)	2023/2024	2022/2023
1. Umsatzerlöse	164.436.236,96	180.012.886,95
2. Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	-371.830,38	-2.161.359,49
3. Andere aktivierte Eigenleistungen	0,00	189.767,76
4. Gesamtleistung	164.064.406,58	178.041.295,22
5. Sonstige betriebliche Erträge	10.608.291,99	14.718.922,80
6. Materialaufwand		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	-25.448.816,06	-28.110.980,59
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	-22.228.989,38	-22.156.637,15
	-47.677.805,44	-50.267.617,74
7. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	-48.877.088,56	-47.607.813,76
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung	-12.417.211,80	-10.477.171,60
	-61.294.300,36	-58.084.985,36
8. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	-11.611.625,13	-9.009.106,06
9. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-65.339.152,99	-55.527.752,03
10. Erträge aus Beteiligungen	60.207.016,39	146.935.237,71
11. Erträge aus Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	1.608.870,47	8.036,41
12. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	2.876.860,09	495.228,36
13. Abschreibungen auf Finanzanlagen	-11.100.000,00	-111.450.000,00
14. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-46.237,76	-37.723,39
15. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-2.404.078,51	-12.274.571,23
16. Ergebnis nach Steuern	39.892.245,33	43.546.964,69
17. Sonstige Steuern	-6.001,00	-6.821,00
18. Jahresüberschuss	39.886.244,33	43.540.143,69
19. Gewinnvortrag	27.460.283,92	6.512.332,63
20. Bilanzgewinn	67.346.528,25	50.052.476,32

ANHANG FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR 2023/2024

1 ALLGEMEINE HINWEISE

Der Jahresabschluss der SCHOTT Pharma AG & Co. KGaA, Mainz, (im Folgenden auch „SCHOTT Pharma KGaA“ oder „Gesellschaft“ genannt) zum 30. September 2024 ist nach den handelsrechtlichen Vorschriften für große Kapitalgesellschaften (§§ 242ff. und 264ff. HGB) und den ergänzenden Vorschriften des AktG aufgestellt worden.

Die SCHOTT Pharma KGaA ist eine börsennotierte Kommanditgesellschaft auf Aktien deutschen Rechts. Die Aktien der SCHOTT Pharma KGaA sind zum Handel am Regulierten Markt an der Frankfurter Wertpapierbörse mit gleichzeitiger Zulassung zum Teilbereich des Regulierten Marktes mit weiteren Zulassungsfolgepflichten (Prime Standard) der Frankfurter Wertpapierbörse zugelassen und werden mit dem Börsenkürzel 1SXP und der ISIN DE000A3ENQ51 gehandelt.

Das Geschäftsjahr der SCHOTT Pharma KGaA beginnt am 1. Oktober und endet am 30. September des darauffolgenden Jahres.

Der Jahresabschluss ist in Euro aufgestellt. Im Anhang werden Beträge des Berichtszeitraums in Tausend Euro (Tsd. Euro) angegeben, soweit nicht anders vermerkt. Zur Verbesserung der Übersichtlichkeit sind vermerkpflichtige Angaben, einschließlich der „Davon-Vermerke“, im Anhang enthalten.

Der vorliegende Jahresabschluss der SCHOTT Pharma KGaA umfasst die Bilanz, die Gewinn- und Verlustrechnung und den Anhang. Als Mutterunternehmen erstellt die SCHOTT Pharma KGaA einen Konzernabschluss gemäß § 315e HGB nach den Rechnungslegungsvorschriften der International Financial Reporting Standards (IFRS). Zum 30. September 2024 wurde der Lagebericht der SCHOTT Pharma KGaA mit dem Konzernlagebericht des SCHOTT Pharma Konzerns nach § 315 Abs. 5 HGB in Verbindung mit § 298 Abs. 2 HGB zusammengefasst.

Die Gewinn- und Verlustrechnung ist gemäß § 275 Abs. 2 HGB nach dem Gesamtkostenverfahren gegliedert.

Eine Aufstellung des Anteilsbesitzes der SCHOTT Pharma KGaA ist Bestandteil dieses Anhangs.

Der Jahresabschluss wurde unter der Annahme der Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufgestellt.

2 REGISTERINFORMATIONEN

Die Gesellschaft ist unter der Firma SCHOTT Pharma AG & Co. KGaA mit Sitz in Mainz im Handelsregister des Amtsgerichts Mainz unter der Nummer HRB 51230 eingetragen.

3 BILANZIERUNGS- UND BEWERTUNGSGRUNDSÄTZE

Für die Aufstellung des Jahresabschlusses sind im Wesentlichen die nachfolgenden Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden maßgebend. Die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden wurden gegenüber dem Vorjahr unverändert fortgeführt.

Entgeltlich erworbene immaterielle Vermögensgegenstände werden zu Anschaffungskosten unter Berücksichtigung planmäßiger linearer Abschreibungen bewertet. Die Abschreibung erfolgt in der Regel über eine voraussichtliche Nutzungsdauer von drei Jahren. Selbst geschaffene immaterielle Vermögensgegenstände werden in Ausübung des Wahlrechts gemäß § 248 Abs. 2 Satz 1 HGB nicht aktiviert.

Voraussichtlich dauernden Wertminderungen, die über den nutzungsbedingten Werteverzehr hinausgehen, wird durch außerplanmäßige Abschreibungen Rechnung getragen. Abschreibungen auf Zugänge der immateriellen Vermögensgegenstände werden zeitanteilig vorgenommen.

Die Bilanzierung der Sachanlagen erfolgt zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten, im Falle abnutzbarer Sachanlagen vermindert um planmäßige, nutzungsbedingte Abschreibungen. Dabei kommt grundsätzlich die lineare Abschreibungsmethode zur Anwendung. Folgende voraussichtliche Nutzungsdauern sind den Abschreibungen der einzelnen Sachanlagegruppen in der Regel zu Grunde gelegt worden:

	<u>Jahre</u>
Grundstücksgleiche Rechte und Bauten	10 bis 14
Technische Anlagen und Maschinen	7 bis 15
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	3 bis 15

Selbstständig nutzbare bewegliche Gegenstände des Anlagevermögens, die der Abnutzung unterliegen, werden im Zugangsjahr voll aufwandswirksam erfasst, sofern ihre jeweiligen Anschaffungs- oder Herstellungskosten 250,00 Euro nicht übersteigen. Entsprechende Anlagegegenstände mit Anschaffungs- oder Herstellungskosten von mehr als 250,00 Euro bis 1.000,00 Euro werden aus Vereinfachungsgründen auch in der Handelsbilanz in einen jahrgangsbezogenen steuerlichen Sammelposten eingestellt, der über fünf Jahre abgeschrieben wird. Nach der vollständigen Abschreibung wird der Sammelposten im Anlagenspiegel als Abgang gezeigt.

Voraussichtlich dauernden Wertminderungen, die über den nutzungsbedingten Werteverzehr hinausgehen, wird durch außerplanmäßige Abschreibungen Rechnung getragen. Abschreibungen auf Zugänge des Sachanlagevermögens werden zeitanteilig vorgenommen.

Die Herstellungskosten der selbst erstellten Sachanlagen enthalten neben den Einzelkosten angemessene Teile der notwendigen Material- und Fertigungsgemeinkosten einschließlich der Abschreibungen, soweit sie durch die Herstellung veranlasst sind. Geleistete Anzahlungen auf Sachanlagen werden zum Nennwert bilanziert.

Gewährte Investitionszuschüsse zur Förderung der Anschaffung oder Herstellung von Sachanlagen seitens der öffentlichen Hand werden von den Anschaffungs- oder Herstellungskosten abgesetzt. Dadurch vermindern sich die zukünftigen planmäßigen Abschreibungen entsprechend.

Bei den Finanzanlagen sind die Anteile an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen mit den Anschaffungskosten oder, bei voraussichtlich dauernder Wertminderung, mit den niedrigeren beizulegenden Werten bilanziert. Wurden in Vorjahren Wertberichtigungen vorgenommen und sind die Gründe für die Wertminderung in der Zwischenzeit ganz oder teilweise entfallen, erfolgt eine Wertaufholung bis höchstens zu den Anschaffungskosten. Die Ausleihungen an verbundene Unternehmen werden zum Nennwert bilanziert.

Bei den Vorräten sind die Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe zu den durchschnittlichen Einstandspreisen, die als gewogene Durchschnittspreise ermittelt werden, bzw. zum niedrigeren beizulegenden Wert zum Bilanzstichtag bewertet; hierbei werden insbesondere aufgrund der Umschlagshäufigkeit der Bestände Reichweitenabwertungen vorgenommen.

Fertige und unfertige Erzeugnisse sowie unfertige Leistungen werden zu Herstellungskosten gemäß § 255 Abs. 2 HGB aktiviert. In die Herstellungskosten werden die Einzelkosten, angemessene Teile der Materialgemeinkosten, der Fertigungsgemeinkosten und des Werteverzehrs des Anlagevermögens, soweit dieser durch die Fertigung veranlasst ist, einbezogen. Risiken, die sich aus der Lagerdauer und eingeschränkter Verwendbarkeit ergeben, werden durch Abwertungen berücksichtigt; der Grundsatz der verlustfreien Bewertung wird beachtet.

Fremdkapitalzinsen sowie allgemeine Verwaltungskosten werden nicht in die Herstellungskosten einbezogen.

Abgesehen von handelsüblichen Eigentumsvorbehalten sind die Vorräte frei von Rechten Dritter.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände werden mit ihrem Nennwert bilanziert; unverzinsliche und unterverzinsliche Forderungen mit einer Restlaufzeit über einem Jahr werden mit dem Barwert angesetzt. Die Abzinsung erfolgt mit einem von der Deutschen Bundesbank veröffentlichten laufzeitadäquaten Rechnungszins. Erkennbare Ausfallrisiken sind durch individuelle Bewertungsabschläge berücksichtigt. Für das allgemeine Kreditrisiko ist eine pauschal errechnete länderspezifische Wertberichtigung gebildet und aktivisch von den Forderungen abgesetzt.

Aktive Rechnungsabgrenzungsposten sind in Höhe der im Geschäftsjahr geleisteten Ausgaben gebildet, die Aufwand für eine bestimmte Zeit nach dem Abschlussstichtag darstellen.

Das gezeichnete Kapital wird zum Nennwert bilanziert.

Den Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen liegen drei wesentliche Pensionszusagen zugrunde:

Die Pensionsstatuten „P 82 alt“ und „P 82 neu“ sind entgeltabhängige Rentensysteme. Hierbei erhöht sich die Versorgungsleistung pro anrechnungsfähiges Dienstjahr um einen Prozentsatz des ruhegeldfähigen Einkommens, wobei Gehaltsbestandteile oberhalb der Bemessungsgrundlage stärker gewichtet werden.

Das Versorgungssystem „VO 2015“ sowie das zuvor geltende und am 1. Oktober 2015 überführte Versorgungssystem „VO 2000“ sind beitragsorientierte Leistungszusagen mit dynamischem Versorgungsbeitrag. Dabei handelt es sich um Bausteinsysteme, in deren Rahmen jedes Jahr ein Versorgungsbeitrag ermittelt wird, der versicherungsmathematisch in einen Rentenbaustein umgerechnet wird. Dieser Rentenbaustein wird den Mitarbeitenden auf ihren individuellen Versorgungskonten gutgeschrieben. Der Versorgungsbeitrag hängt sowohl vom versorgungsfähigen Einkommen als auch vom Ergebnis vor Steuern des SCHOTT AG Konzerns ab.

Bei dem aktuell gültigen und für Neueintritte seit dem 1. November 2015 unmittelbar geltenden Versorgungssystem „VO 2015 NEU“ handelt es sich um eine beitragsorientierte Leistungszusage mit dynamischem Versorgungsbeitrag. Die Ermittlung des Versorgungsbeitrags erfolgt analog zu dem der „VO 2015“. Dieser wird den Mitarbeitenden jeweils als Mindest-Kapitalzahlung zugesagt und einem individualisierten Depot im Rahmen eines Contractual Trust Arrangements (CTA) gutgeschrieben.

Für Mitarbeitende, die bei Inkrafttreten der „VO 2015 NEU“ am 1. November 2015 und damit vor dem erfolgten Betriebsübergang im Rahmen der Ausgliederung bei der SCHOTT AG beschäftigt waren, wird ab dem 1. Oktober 2025 auch das Versorgungssystem „VO 2015 NEU“ inkl. Übergangsregelungen gelten. Die Ausgliederung erfolgte mit Wirkung zum 1. Oktober 2021. Im Rahmen der Ausgliederung wurde der Geschäftsbereich Pharma der SCHOTT AG, Mainz, einschließlich aller mit diesem Geschäftsbereich verbundenen Rechte und Pflichten, auf die SCHOTT Pharma KGaA ausgegliedert.

Die Pensionsverpflichtungen werden versicherungsmathematisch unter Berücksichtigung biometrischer Rechnungsgrundlagen gemäß den „Richttafeln 2018 G“ nach Prof. Dr. Klaus Heubeck nach der Projected-Unit-Credit-Methode (Anwartschaftsbarwertverfahren) ermittelt. Zukünftig erwartete Gehalts- und Rentensteigerungen werden bei der Ermittlung der Verpflichtungen berücksichtigt. Dabei wird derzeit unter Berücksichtigung interner Daten der vergangenen Jahre sowie mit Blick auf die künftig zu erwartende Bemessungsgrundlage der Inflationsentwicklung von einer jährlichen Anpassung von 3,0 % (im Vorjahr 3,0 %) bei den Gehältern und von 1,0 % (im Vorjahr 1,0 %) bei Rentenzusagen mit Anpassungsgarantie sowie mit 2,25 % (im Vorjahr 2,25 %) bei allen übrigen Rentenzusagen ausgegangen. Die Ermittlung der Pensionsverpflichtungen basiert ferner auf einer jährlichen Steigerung der Beitragsbemessungsgrenze von 1,5 % (im Vorjahr 1,5 %) sowie einer Fluktuationsrate von 2,0 % p.a. (im Vorjahr 2,0 %). Der entsprechend § 253 Abs. 2 HGB zugrunde zu legende 10-Jahres-Durchschnittsrechnungszins für die Bewertung der Pensionsverpflichtungen beläuft sich zum 30. September 2024 auf 1,87 % (im Vorjahr 1,81 %); es handelt sich um den von der Deutschen Bundesbank ermittelten Zinssatz für eine Restlaufzeit von 15 Jahren. Der 7-Jahres-Durchschnittsrechnungszinssatz beträgt 1,91 % (im Vorjahr 1,66 %) zum 30. September 2024.

Das in Form eines CTA verwaltete Deckungsvermögen wird gemäß § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB mit den zugrundeliegenden Verpflichtungen saldiert. Zur Erfüllung von Verpflichtungen aus der Altersversorgung der Mitarbeitenden sind entsprechende Mittel in Wertpapier-Spezialfonds angelegt, die dem Zugriff übriger Gläubiger entzogen sind. Die Bewertung erfolgt zum beizulegenden Zeitwert. Der sich ergebende Verpflichtungsüberhang wird unter den Rückstellungen erfasst.

Den Pensionsrückstellungen für arbeitnehmerfinanzierte Zusagen durch Entgeltumwandlung nach dem Modell der aufgeschobenen Vergütung wird ebenfalls der 10-Jahresdurchschnittsrechnungszins zum 30. September 2024 in Höhe von 1,87 % (im Vorjahr 1,81 %), ein Rententrend von 1,0 % (im Vorjahr 1,0 %) sowie eine Fluktuationsrate von 2,0 % (im Vorjahr 2,0 %) zu Grunde gelegt. Für diese Rückstellungen vorhandene Rückdeckungsversicherungen sind an die Gläubiger verpfändet. Entsprechend werden die Verpflichtungen und der Aktivwert der Rückdeckungsversicherungen (beizulegender Zeitwert) nach § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB saldiert ausgewiesen.

Die Steuerrückstellungen und sonstigen Rückstellungen berücksichtigen alle erkennbaren Risiken, ungewissen Verpflichtungen und drohenden Verluste aus schwebenden Geschäften. Die Bewertung erfolgt jeweils in Höhe des Erfüllungsbetrags, der nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung erforderlich ist, um zukünftige Zahlungsverpflichtungen abzudecken. Zukünftige Preis- und Kostensteigerungen werden berücksichtigt, sofern ausreichende objektive Hinweise für deren Eintritt vorliegen. Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr werden mit dem ihrer Restlaufzeit entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Geschäftsjahre abgezinst.

Die unter den sonstigen Rückstellungen ausgewiesenen Rückstellungen für Jubiläumsverpflichtungen und für Verpflichtungen aus Altersteilzeit werden mit dem von der Deutschen Bundesbank errechneten 7-Jahres Durchschnittsrechnungszins von 1,91 % (im Vorjahr 1,66 %) bewertet. Gemäß den Vorschriften des § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB wird die Rückstellung für Altersteilzeitverpflichtungen mit dem zugehörigen Deckungsvermögen saldiert.

Verbindlichkeiten werden mit ihren jeweiligen Erfüllungsbeträgen bilanziert.

Für die Ermittlung latenter Steuern aufgrund von temporären oder quasipermanenten Differenzen zwischen den handelsrechtlichen Wertansätzen von Vermögensgegenständen, Schulden und Rechnungsabgrenzungsposten und ihren steuerlichen Wertansätzen oder aufgrund steuerlicher Verlustvorträge werden diese mit den unternehmensindividuellen Steuersätzen im Zeitpunkt des Abbaus der Differenzen bewertet. Die daraus resultierenden Beträge der sich ergebenden Steuerbe- und -entlastung werden nicht abgezinst. Aktive und passive Steuerlatenzen werden verrechnet ausgewiesen. Die Aktivierung eines Überhangs latenter Steuern unterbleibt in Ausübung des dafür bestehenden Ansatzwahlrechts.

Fremdwährungsforderungen und -verbindlichkeiten werden mit dem Devisenkassamittelkurs am Entstehungstag des Geschäftsvorfalles in Euro bewertet. Zum Bilanzstichtag erfolgt die Umrechnung mit dem Devisenkassamittelkurs zum Abschlussstichtag. Verluste aus Kursänderungen werden berücksichtigt, Gewinne werden nur berücksichtigt, soweit sie Forderungen und Verbindlichkeiten mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr betreffen. Sowohl realisierte als auch nicht realisierte Gewinne und Verluste aus der Umrechnung von Fremdwährungsgeschäften in lokale Währung werden erfolgswirksam erfasst und in der Gewinn- und Verlustrechnung unter dem Posten „Sonstige betriebliche Erträge“ bzw. „Sonstige betriebliche Aufwendungen“ sowie in den zugehörigen Davon-Vermerken im Anhang ausgewiesen.

Umsätze aus Warenverkäufen werden ausgewiesen, sobald die wesentlichen Chancen und Risiken des Eigentums auf den Käufer übergegangen sind und die Höhe der realisierbaren Umsätze verlässlich ermittelt werden kann. Umsätze aus Dienstleistungen werden erfasst, sobald die Leistung erbracht wurde.

Für derivative Finanzinstrumente ermitteln wir den Marktwert am Bilanzstichtag auf Basis aktueller Marktdaten. Die Bewertung erfolgt nach dem strengen Niederstwertprinzip. Für unrealisierte Verluste werden Drohverlustrückstellungen gebildet; unrealisierte Gewinne bleiben dagegen unberücksichtigt.

4 ERLÄUTERUNGEN ZUR BILANZ

Anlagevermögen

Die Entwicklung der einzelnen Posten des Anlagevermögens für das Geschäftsjahr vom 1. Oktober 2023 bis 30. September 2024 ist unter Angabe der Abschreibungen des Geschäftsjahres in der nachfolgenden Übersicht dargestellt.

Bei den Anteilen an verbundenen Unternehmen kam es im Berichtsjahr zu Zugängen in Höhe von 15.594 Tsd. Euro. Der Zugang resultiert aus einer Kapitalerhöhung bei unserer Tochtergesellschaft SCHOTT Pharma Brasil Ltda., São Paulo, Brasilien.

Die im Berichtsjahr erfassten außerplanmäßigen Abschreibungen der Anteile an verbundenen Unternehmen in Höhe von 11.100 Tsd. Euro betreffen die Anpassung der Anteile an der SCHOTT Pharma USA, Inc., Lebanon, USA, auf ihren niedrigeren beizulegenden Wert am Abschlussstichtag in Höhe von 243.730 Tsd. Euro. Kumuliert betragen die zum Bilanzstichtag erfassten außerplanmäßigen Abschreibungen der Anteile an der SCHOTT Pharma USA, Inc., Lebanon, USA, 122.550 Tsd. Euro.

Bei den Ausleihungen an verbundene Unternehmen kam es im Berichtsjahr zu Zugängen in Höhe von 4.000 Tsd. Euro. Der Zugang resultiert aus einer Darlehensgewährung an unsere Tochtergesellschaft SCHOTT PHARMA D.O.O. JAGODINA, Jagodina, Serbien. Aufgrund der dreijährigen Laufzeit des Darlehens erfolgt der Ausweis als Ausleihung innerhalb des Anlagevermögens. Der ausgewiesene Abgang von 103.510 Tsd. Euro resultiert aus der im Berichtsjahr erfolgten Rückzahlung eines Darlehens durch unsere Tochtergesellschaft SCHOTT Pharma Schweiz AG, St. Gallen, Schweiz.

Die Zugänge der geleisteten Anzahlungen und Anlagen im Bau entfallen nahezu vollständig auf unseren Produktionsstandort in Müllheim und betreffen überwiegend Kapazitätserweiterungsprojekte für die Produktion von Polymerspritzen.

Entwicklung des Anlagevermögens für das Geschäftsjahr vom 1. Oktober 2023 bis 30. September 2024

(in Euro)	Anschaffungs- und Herstellungskosten				Stand am 30.9.2024	Kumulierte Abschreibungen			Stand am 30.9.2024	Buchwerte	
	Stand am 1.10.2023	Zugänge	Umbuchungen	Abgänge		Stand am 1.10.2023	Zugänge	Abgänge		Stand am 30.9.2024	30.9.2024
I. Immaterielle Vermögensgegenstände											
1. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	1.648.207,91	33.733,35	21.807,10	-5.579,49	1.698.168,87	-1.266.251,60	-256.138,34	5.579,49	-1.516.810,45	181.358,42	381.956,31
	1.648.207,91	33.733,35	21.807,10	-5.579,49	1.698.168,87	-1.266.251,60	-256.138,34	5.579,49	-1.516.810,45	181.358,42	381.956,31
II. Sachanlagen											
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten	7.737.516,58	482.410,30	4.932.232,04	-56.729,17	13.095.429,75	-1.529.695,39	-1.071.910,14	30.891,31	-2.570.714,22	10.524.715,53	6.207.821,19
2. Technische Anlagen und Maschinen	84.672.840,31	9.900.053,58	10.270.658,73	-878.923,62	103.964.629,00	-44.710.939,08	-7.340.539,53	876.221,26	-51.175.257,35	52.789.371,65	39.961.901,23
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	21.384.875,21	1.576.268,57	3.681.436,27	-763.492,52	25.879.087,53	-10.557.531,28	-2.943.037,12	682.832,78	-12.817.735,62	13.061.351,91	10.827.343,93
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	53.102.568,43	29.990.916,54	-18.906.134,14	0,00	64.187.350,83	0,00	0,00	0,00	0,00	64.187.350,83	53.102.568,43
	166.897.800,53	41.949.648,99	-21.807,10	-1.699.145,31	207.126.497,11	-56.798.165,75	-11.355.486,79	1.589.945,35	-66.563.707,19	140.562.789,92	110.099.634,78
III. Finanzanlagen											
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	591.413.676,27	15.594.047,54	0,00	0,00	607.007.723,81	-111.450.000,00	-11.100.000,00	0,00	-122.550.000,00	484.457.723,81	479.963.676,27
2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen	103.510.024,95	4.000.000,00	0,00	-103.510.024,95	4.000.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	4.000.000,00	103.510.024,95
3. Beteiligungen	4.193.466,48	0,00	0,00	0,00	4.193.466,48	0,00	0,00	0,00	0,00	4.193.466,48	4.193.466,48
	699.117.167,70	19.594.047,54	0,00	-103.510.024,95	615.201.190,29	-111.450.000,00	-11.100.000,00	0,00	-122.550.000,00	492.651.190,29	587.667.167,70
	867.663.176,14	61.577.429,88	0,00	-105.214.749,75	824.025.856,27	-169.514.417,35	-22.711.625,13	1.595.524,84	-190.630.517,64	633.395.338,63	698.148.758,79

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände stellen sich wie folgt dar:

(in Tsd. Euro)	30.9.2024	30.9.2023
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	11.410	12.288
(davon Restlaufzeit > 1 Jahr)	0	0
Forderungen gegen verbundene Unternehmen	132.607	57.537
(davon Restlaufzeit > 1 Jahr)	0	0
Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	9	2.035
(davon Restlaufzeit > 1 Jahr)	0	0
Sonstige Vermögensgegenstände	6.988	2.056
(davon Restlaufzeit > 1 Jahr)	0	0
	151.012	73.916

Von den Forderungen gegen verbundene Unternehmen per 30. September 2024 entfallen 23.153 Tsd. Euro (im Vorjahr 34.824 Tsd. Euro) auf Forderungen aus Lieferungen und Leistungen und 109.454 Tsd. Euro (im Vorjahr 923 Tsd. Euro) auf die Cash Pool Vereinbarung mit der SCHOTT AG. Im Vorjahr entfielen darüber hinaus noch 21.790 Tsd. Euro auf Dividendenforderungen.

Im Vorjahr beinhalteten die Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, Dividendenforderungen in Höhe von 2.000 Tsd. Euro.

Die sonstigen Vermögensgegenstände belaufen sich auf 6.988 Tsd. Euro (im Vorjahr 2.056 Tsd. Euro) und beinhalten im Wesentlichen Steuererstattungsansprüche für Umsatzsteuer und Ertragsteuern betreffend das Geschäftsjahr 2023/2024.

Aktive latente Steuern

Die wesentlichen aktiven und passiven latenten Steuern resultieren aus unterschiedlichen Wertansätzen von langfristigen Pensionsrückstellungen sowie sonstigen Rückstellungen. Insgesamt werden die passiven latenten Steuern durch aktive latente Steuern überkompensiert. In Ausübung des Wahlrechts aus § 274 Abs. 1 Satz 2 HGB wird auf die Aktivierung des Überhangs aktiver latenter Steuern verzichtet.

Der Bewertung der Steuerlatenzen wurde ein Steuersatz von 28,3 % (im Vorjahr 28,3 %) zu Grunde gelegt.

Eigenkapital

Zum Bilanzstichtag beträgt das Grundkapital 150.615 Tsd. Euro und die Kapitalrücklage 491.935 Tsd. Euro.

Zum Bilanzstichtag ist das gezeichnete Kapital eingeteilt in 150.614.616 auf den Inhaber lautenden Stammaktien ohne Nennwert (Stückaktien) mit einem rechnerischen Anteil am Grundkapital von 1,00 Euro. Sämtliche Aktien sind voll eingezahlt.

Der Vorstand ist durch Beschluss der Hauptversammlung vom 20. Juni 2023 ermächtigt, das Grundkapital der SCHOTT Pharma KGaA in der Zeit bis zum 19. Juni 2028 mit Zustimmung des Aufsichtsrats durch Ausgabe neuer, auf den Inhaber lautender Stückaktien gegen Bar- und/oder Sacheinlage einmalig oder mehrmalig um bis zu insgesamt 50.000 Tsd. Euro (genehmigtes Kapital) zu erhöhen. Den Aktionären ist grundsätzlich ein Bezugsrecht einzuräumen.

Der Vorstand ist weiterhin durch Beschluss der Hauptversammlung vom 20. Juni 2023 ermächtigt, in der Zeit bis zum 19. Juni 2028 mit Zustimmung des Aufsichtsrats auf den Inhaber und/oder Namen lautende Wandel- und/oder Optionsschuldverschreibungen oder eine Kombination dieser Instrumente (nachstehend gemeinsam die Schuldverschreibungen) im Gesamtnennbetrag von bis zu 750.000 Tsd. Euro mit oder ohne Laufzeitbeschränkung zu begeben und den Inhabern bzw. Gläubigern dieser Schuldverschreibungen Wandlungs- bzw. Optionsrechte auf neue, auf den Inhaber lautende Stückaktien der Gesellschaft mit einem anteiligen Betrag am Grundkapital von insgesamt bis zu 25.000 Tsd. Euro (bedingtes Kapital) nach näherer Maßgabe der Emissionsbedingungen dieser Schuldverschreibungen zu gewähren.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr 2023/2024 wurde von diesen Ermächtigungen seitens des Vorstands kein Gebrauch gemacht.

Gemäß Beschluss der ordentlichen Hauptversammlung vom 14. März 2024 wurde vom Bilanzgewinn aus dem abgelaufenen Geschäftsjahr 2022/2023 in Höhe von 50.052 Tsd. Euro eine Dividende von 22.592 Tsd. Euro (0,15 Euro je Stückaktie) ausgeschüttet und der verbleibende Betrag in Höhe von 27.460 Tsd. Euro auf neue Rechnung vorgetragen.

Die folgende Tabelle fasst die Entwicklung des Bilanzgewinns zusammen:

(in Tsd. Euro)	2023/2024
Bilanzgewinn Stand 1.10.2023	50.052
Dividende 2022/2023	-22.592
Jahresüberschuss 2023/2024	39.887
Bilanzgewinn Stand 30.9.2024	67.347

Angaben zu ausschüttungsgesperrten Beträgen

Die folgende Tabelle fasst die Ermittlung des maximalen Ausschüttungsbetrages unter Beachtung der § 253 Abs. 6 Satz 2 HGB und § 268 Abs. 8 HGB zusammen:

(in Tsd. Euro)	30.9.2024
Bilanzgewinn 30.9.2024	67.347
= Maximaler Ausschüttungsbetrag zum 30.9.2024 vor Beachtung der § 253 Abs. 6 Satz 2 HGB und § 268 Abs. 8 HGB	67.347
- Gesperrter Betrag aufgrund der Differenz des 10-Jahres- Durchschnittszinses zum 7-Jahres-Durchschnittszins	0
- Gesperrter Betrag aus der Bewertung von Vermögensgegenständen zum beizulegenden Wert	-447
= Maximaler Ausschüttungsbetrag zum 30.9.2024 unter Beachtung der § 253 Abs. 6 Satz 2 HGB und § 268 Abs. 8 HGB	66.900

Der Unterschiedsbetrag nach § 253 Abs. 6 Satz 2 HGB zwischen dem Ansatz der Pensionsrückstellungen nach Maßgabe des entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatzes aus den vergangenen zehn Geschäftsjahren und dem Ansatz der Pensionsrückstellungen nach Maßgabe des entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatzes aus den vergangenen sieben Geschäftsjahren beträgt -262 Tsd. Euro. Da die auf Basis des zehnjährigen Durchschnittszinssatzes ermittelte Pensionsrückstellung den nach dem siebenjährigen Durchschnittszinssatz berechneten Wertansatz übersteigt, besteht keine Ausschüttungssperre.

Nach § 268 Abs. 8 HGB unterliegen 447 Tsd. Euro einer Ausschüttungssperre, da der beizulegende Zeitwert des Planvermögens die Anschaffungskosten übersteigt. Der resultierende Buchgewinn beträgt 624 Tsd. Euro. Von diesem Betrag wurden passive latente Steuern in Höhe von 177 Tsd. Euro in Abzug gebracht.

Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

Die Pensionsrückstellungen umfassen Verpflichtungen aus laufenden Renten sowie aus unternehmens- und arbeitnehmerfinanzierten Anwartschaften.

Die ausschließlich der Erfüllung der Altersversorgungsverpflichtungen dienenden, dem Zugriff aller übrigen Gläubiger entzogenen Vermögensgegenstände (Deckungsvermögen i.S.d. § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB) werden mit ihrem beizulegenden Zeitwert angesetzt und mit dem Erfüllungsbetrag der Pensionsverpflichtungen saldiert.

In der Bilanz verrechnete Beträge zum Bilanzstichtag:

(in Tsd. Euro)	30.9.2024	30.9.2023
Erfüllungsbetrag der Pensionen und ähnlichen Verpflichtungen	34.302	30.352
Beizulegender Zeitwert des Deckungsvermögens	12.335	10.299
Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	21.967	20.053
Anschaffungskosten des Deckungsvermögens	11.711	10.825

Das Planvermögen im Inland wird im Wesentlichen in Form eines sogenannten CTA verwaltet.

Im Rahmen des CTA sind Vermögenswerte auf einen Treuhandverein übertragen, welcher seinerseits die ihm zugewendeten Mittel auf einen weiteren Treuhänder (Custodian) zur Verwaltung weiterleitet. Dieser hat die ihm übertragenen Mittel gemäß einem Verwaltungsvertrag ausschließlich für das Unternehmen zu verwalten und zu investieren. Die Investition erfolgt über Spezialfondsmandate bei externen Asset Managern. Dabei handelt es sich um gemischte Fonds im Renten- und Aktienbereich, die im Rahmen der vorgegebenen Anlagerichtlinien inklusive eines festgelegten Wertsicherungskonzeptes durch die Asset Manager gesteuert werden.

Der Aufwand aus der Änderung des Diskontierungszinssatzes wird in der Position Zinsen und ähnliche Aufwendungen ausgewiesen. Von dem Zinsanteil der Zuführung zu den Pensionsrückstellungen in Höhe von 134 Tsd. Euro (im Vorjahr 234 Tsd. Euro) resultieren 551 Tsd. Euro (im Vorjahr 487 Tsd. Euro) aus der Abzinsung und -417 Tsd. Euro (im Vorjahr -253 Tsd. Euro) aus der Änderung des Diskontierungszinssatzes. Erträge und Aufwendungen aus Deckungsvermögen werden mit dem Zinsanteil der Zuführung der entsprechenden Verpflichtung unter der Position Zinsergebnis saldiert ausgewiesen.

Folgende Beträge wurden verrechnet:

(in Tsd. Euro)	2023/2024	2022/2023
Zinsanteil der Zuführung zu den Pensionsrückstellungen	134	234
Ertrag aus Deckungsvermögen	-1.149	-202
Saldo aus Verrechnung	-1.015	32

Steuerrückstellungen

In diesem Posten werden Beträge für noch nicht endgültig veranlagte Steuern der Geschäftsjahre 2021/2022 und 2022/2023 ausgewiesen.

Sonstige Rückstellungen

Die sonstigen Rückstellungen enthalten überwiegend Beträge für Verpflichtungen im Personalbereich, Rückstellungen für drohende Verluste aus derivativen Finanzinstrumenten, Rückstellungen für ausstehende Lieferantenrechnungen, Rückstellungen für Prüfungskosten des Jahresabschlusses sowie Rückstellungen für Gewährleistungen.

Gemäß den Vorschriften des § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB wurden die Rückstellungen für Altersteilzeitverpflichtungen mit dem Deckungsvermögen saldiert.

In der Bilanz verrechnete Beträge zum Bilanzstichtag:

(in Tsd. Euro)	30.9.2024	30.9.2023
Erfüllungsbetrag der Altersteilzeitverpflichtungen	1.006	680
Beizulegender Zeitwert des Deckungsvermögens	-722	-251
Rückstellung für Altersteilzeitverpflichtungen	284	429
Anschaffungskosten des Deckungsvermögens	-722	251

Verbindlichkeiten

Die Verbindlichkeiten haben folgende Restlaufzeiten:

(in Tsd. Euro)	30.9.2024				30.9.2023			
	Rest- laufzeit <1 Jahr	Rest- laufzeit >1 Jahr & <5 Jahre	Rest- laufzeit >5 Jahre	Gesamt	Rest- laufzeit <1 Jahr	Rest- laufzeit >1 Jahr & <5 Jahre	Rest- laufzeit >5 Jahre	Gesamt
Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	4.381	10.308	4.948	19.637	1.127	13.838	5.734	20.699
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	8.763	174	0	8.937	9.150	14	0	9.164
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	8.487	0	0	8.487	9.338	0	0	9.338
Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	0	0	0	0	8	0	0	8
Sonstige Verbindlichkeiten	983	0	0	983	978	0	0	978
(davon aus Steuern)	(748)	0	0	(748)	(631)	0	0	(631)
(davon im Rahmen der sozialen Sicherheit)	(60)	0	0	(60)	(5)	0	0	(5)
	22.614	10.482	4.948	38.044	20.601	13.852	5.734	40.187

Die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen entfallen ausschließlich auf Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen.

Zum Bilanzstichtag bestehen Verbindlichkeiten gegenüber der Komplementärin SCHOTT Pharma Management AG, Mainz, von 342 Tsd. Euro (im Vorjahr 79 Tsd. Euro). Diese resultieren im Wesentlichen aus dem Ausgleich von Aufwendungsersatzansprüchen.

Die sonstigen Verbindlichkeiten belaufen sich auf 983 Tsd. Euro (im Vorjahr 978 Tsd. Euro) und betreffen im Wesentlichen Verbindlichkeiten aus Lohn- und Kirchensteuer.

Zum Bilanzstichtag bestehen keine Besicherungen der Verbindlichkeiten.

5 ERLÄUTERUNGEN ZUR GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG

Umsatzerlöse

Die Umsatzerlöse werden im Wesentlichen mit dem Verkauf von Pharmaverpackungen erzielt. Sie gliedern sich nach Tätigkeitsbereichen wie folgt auf:

(in Tsd. Euro)	2023/2024	2022/2023
Verkauf von Produkten	87.330	116.048
Lohnfertigung	36.066	24.967
Sonstiges	41.040	38.998
	164.436	180.013

Die Umsatzerlöse aus Lohnfertigung entfallen vollständig auf Lohnfertigungsleistungen für die SCHOTT Pharma Schweiz AG, St. Gallen, Schweiz.

Die unter Sonstiges ausgewiesenen Umsatzerlöse resultieren im Wesentlichen aus Erbringung von Dienstleistungen, Erhebung von Markenlizenzen und Weiterberechnung von Gemeinkosten an verbundene Unternehmen.

Die Umsatzerlöse gliedern sich nach geographisch bestimmten Märkten wie folgt auf:

(in Tsd. Euro)	2023/2024	2022/2023
Deutschland	21.198	23.777
EMEA (ohne Deutschland)	104.273	107.965
Asien und Südpazifik	17.852	17.862
Nordamerika	17.757	27.046
Südamerika	3.356	3.363
	164.436	180.013

Sonstige betriebliche Erträge

Die sonstigen betrieblichen Erträge in Höhe von 10.608 Tsd. Euro (im Vorjahr 14.719 Tsd. Euro) beinhalten vor allem Währungs- und Kursgewinne in Höhe von 6.613 Tsd. Euro (im Vorjahr 9.381 Tsd. Euro) sowie Erträge aus der Weiterverrechnung von Kosten an Gesellschaften des SCHOTT Konzerns in Höhe von 2.325 Tsd. Euro (im Vorjahr 4.442 Tsd. Euro). Die weiterverrechneten Kosten sind im Zusammenhang mit der Durchführung des Börsengangs bei der SCHOTT Pharma KGaA angefallen und wurden auf Basis einer im Geschäftsjahr 2022/2023 abgeschlossenen Kostenübernahmevereinbarung erstattet. Den außergewöhnlichen Erträgen aus Kostenweiterbelastung stehen im aktuellen Geschäftsjahr außergewöhnliche Aufwendungen in Höhe von 2.325 Tsd. Euro (im Vorjahr 3.946 Tsd. Euro) gegenüber. Im Vorjahr entfielen zusätzlich 496 Tsd. Euro auf die Weiterbelastung von Aufwendungen des Geschäftsjahres 2021/2022 und stellten somit periodenfremde Erträge dar.

Weitere periodenfremde Erträge von 1.633 Tsd. Euro (im Vorjahr 542 Tsd. Euro) entfallen mit 602 Tsd. Euro (im Vorjahr 352 Tsd. Euro) auf die Auflösung von Rückstellungen und mit 1.031 Tsd. Euro (im Vorjahr 190 Tsd. Euro) auf die Auflösung von Wertberichtigungen auf Forderungen. Die Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen entfallen auf diverse Einzelsachverhalte.

Personalaufwand

Von den ausgewiesenen Personalkosten entfallen auf Aufwendungen für Altersversorgung 4.054 Tsd. Euro (im Vorjahr 2.867 Tsd. Euro). Nicht als Personalaufwand erfasst ist der Zinsanteil der Zuführung zu den Pensionsrückstellungen; dieser wird im Zinsergebnis ausgewiesen.

Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen

In den Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen sind analog zum Vorjahr keine außerplanmäßigen Abschreibungen enthalten.

Sonstige betriebliche Aufwendungen

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen entfallen mit 28.358 Tsd. Euro (im Vorjahr 29.125 Tsd. Euro) auf Vertriebs-, Verwaltungs- und Instandhaltungskosten, mit 19.386 Tsd. Euro (im Vorjahr 14.347 Tsd. Euro) auf Aufwendungen für Dienstleistungen und mit 5.309 Tsd. Euro (im Vorjahr 4.876 Tsd. Euro) auf Aufwendungen für Leasing.

Daneben beinhalten die sonstigen betrieblichen Aufwendungen mit 345 Tsd. Euro (im Vorjahr 95 Tsd. Euro) Zuführungen zu sonstigen Rückstellungen, mit 3.215 Tsd. Euro (im Vorjahr 1.103 Tsd. Euro) die Bildung von Wertberichtigungen auf Forderungen und mit 93 Tsd. Euro (im Vorjahr 48 Tsd. Euro) periodenfremde Buchverluste aus Anlagenabgängen.

Darüber hinaus sind Währungs- und Kursverluste in Höhe von 8.633 Tsd. Euro (im Vorjahr 5.933 Tsd. Euro) innerhalb der sonstigen betrieblichen Aufwendungen enthalten.

Erträge aus Beteiligungen

Die Erträge aus Beteiligungen resultieren mit 57.957 Tsd. Euro (im Vorjahr 142.935 Tsd. Euro) aus vereinnahmten Dividendenerträgen verbundener Unternehmen in der Schweiz, Brasilien, Indonesien und Kolumbien sowie mit 2.250 Tsd. Euro (im Vorjahr 4.000 Tsd. Euro) aus vereinnahmten Dividendenerträgen unserer Beteiligungsgesellschaft in Italien.

Erträge aus Ausleihungen des Finanzanlagevermögens

Die Erträge aus Ausleihungen des Finanzanlagevermögens resultieren vollständig aus der Darlehensgewährung an verbundene Unternehmen in der Schweiz und Serbien.

Abschreibungen auf Finanzanlagen

Die außerplanmäßigen Abschreibungen auf Finanzanlagen in Höhe von 11.100 Tsd. Euro (im Vorjahr 111.450 Tsd. Euro) betreffen die Anpassung der Anteile an der SCHOTT Pharma USA, Inc., Lebanon, USA, auf ihren niedrigeren beizulegenden Wert.

Zinsergebnis

(in Tsd. Euro)

	2023/2024	2022/2023
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	2.877	495
(davon aus verbundenen Unternehmen)	1.850	485
(davon Aufwendungen aus der Abzinsung)	-134	0
(davon Ertrag aus Deckungsvermögen)	1.149	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-46	-38
(davon an verbundene Unternehmen)	-34	0
(davon Aufwendungen aus der Abzinsung)	0	-234
(davon Ertrag aus Deckungsvermögen)	0	202

Erträge und Aufwendungen aus Deckungsvermögen werden mit dem Zinsanteil der Zuführung der entsprechenden Verpflichtung im Zinsergebnis saldiert.

Steuern vom Einkommen und vom Ertrag

Die Steuern vom Einkommen und vom Ertrag in Höhe von 2.404 Tsd. Euro (im Vorjahr 12.275 Tsd. Euro) betreffen im Wesentlichen Gewerbe- und Körperschaftsteuer sowie ausländische Quellensteuern für das Geschäftsjahr 2023/2024.

Die Steuern vom Einkommen und vom Ertrag enthalten keine Erträge oder Aufwendungen aus latenten Steuern.

Das Gesetz zur Gewährleistung einer globalen Mindestbesteuerung für Unternehmensgruppen ist in Deutschland am 28. Dezember 2023 in Kraft getreten. Die SCHOTT Pharma KGaA gehört als eine in Teileigentum stehende inländische Geschäftseinheit zur Unternehmensgruppe der SCHOTT AG, welche aufgrund ihrer steuerlichen Ansässigkeit in Deutschland in den Anwendungsbereich des Gesetzes fällt. Das Gesetz findet grundsätzlich auf alle Geschäftsjahre Anwendung, die nach dem 30. Dezember 2023 beginnen. Für die SCHOTT Pharma KGaA findet das Gesetz somit erstmalig im Geschäftsjahr 2024/2025 Anwendung.

Die SCHOTT AG ist als oberste Muttergesellschaft der SCHOTT Unternehmensgruppe verpflichtet, die gesetzlich geforderte Mindeststeuererklärung abzugeben, die Steuer zu berechnen und gegebenenfalls entstehende Ergänzungssteuern zu entrichten. Dies umfasst auch diejenigen Berechnungen, die auf die SCHOTT Pharma KGaA und die von ihr gehaltenen Geschäftseinheiten entfallen. Der Mindeststeuersatz im Sinne des Gesetzes beträgt 15 %.

Soweit sich Ergänzungssteuern zu Jurisdiktionen ergeben, welche die SCHOTT Pharma KGaA oder eine der von ihr gehaltenen Geschäftseinheiten betreffen und die nicht bereits durch qualifizierte lokale Ergänzungssteuern beglichen wurden, werden diese von der SCHOTT AG auf die SCHOTT Pharma KGaA umgelegt. Diese Umlagen sollen im Abschluss der SCHOTT Pharma KGaA als Steuern vom Einkommen und vom Ertrag erfasst werden.

Die SCHOTT Pharma KGaA hat eine entsprechende Betroffenheitsanalyse für den SCHOTT Pharma Konzern durchgeführt. Wenn die Bestimmungen über die globale Mindestbesteuerung bereits im Geschäftsjahr 2023/2024 anzuwenden wären, würde sich daraus nach aktueller Einschätzung und unter Berücksichtigung der temporären Safe-Harbour Regelungen eine Erhöhung der laufenden Steuern des SCHOTT Pharma Konzerns um ca. 2,5 Mio. Euro ergeben, welche ausschließlich aus der Schweiz resultieren würde. Da in der Schweiz qualifizierte lokale Ergänzungssteuern eingeführt werden, erwarten wir nach aktuellem Kenntnisstand keine auf die SCHOTT Pharma KGaA entfallenden Ergänzungssteuern.

Steuerwirkungen, die sich aus der künftigen Anwendung der Regelungen zur globalen Mindestbesteuerung ergeben können, werden bei der Ermittlung des Ansatzes von aktiven und passiven latenten Steuern nicht berücksichtigt.

6 SONSTIGE ANGABEN

Derivative Finanzinstrumente

Am Bilanzstichtag bestanden folgende derivative Finanzinstrumente:

(in Tsd. Euro)	30.9.2024 Nominalbetrag	30.9.2024 Buchwert	30.9.2024 Beizulegender Zeitwert
Fremdwährungstermingeschäfte	411.538	-4.353	-1.127

Die Nominalwerte stellen die unsaldierte Summe aller Kauf- und Verkaufskontrakte der derivativen Finanzgeschäfte dar. Der Buchwert ist der niedrigere Wert aus Anschaffungskosten oder beizulegendem Zeitwert. Die negativen Buchwerte der Termingeschäfte sind in dem Bilanzposten Sonstige Rückstellungen enthalten. Der beizulegende Zeitwert der Fremdwährungstermingeschäfte wird auf Basis aktueller Kassakurse und entsprechender Terminauf- bzw. -abschläge (Spreads) ermittelt. Als Eingangssparameter für die Modelle werden dazu die am Bilanzstichtag beobachteten relevanten Marktdaten verwendet. Termingeschäfte wurden im Wesentlichen in US-Dollar (USD), Schweizer Franken (CHF), Chinesische Renminbi (CNY), Ungarischer Forint (HUF) und Mexikanische Peso (MXN) abgeschlossen.

Haftungsverhältnisse

Am Bilanzstichtag bestehen nachfolgende Haftungsverhältnisse:

(in Tsd. Euro)	30.9.2024	30.9.2023
Garantien	39.624	39.344
(davon zugunsten verbundener Unternehmen)	38.264	37.985

Die Finanzabteilung der SCHOTT Pharma KGaA überwacht und beurteilt gemeinsam mit der zentralen Treasury-Abteilung des SCHOTT Konzerns kontinuierlich die eingegangenen Haftungsverhältnisse. Zum 30. September 2024 und auch bis zum Aufstellungszeitpunkt des Jahresabschlusses geht der Vorstand davon aus, dass die jeweiligen Hauptschuldner ihre Verpflichtungen erfüllen werden, aufgrund der erwarteten positiven Geschäftsentwicklung oder der ausreichenden Kapitalausstattung der betroffenen Gesellschaften.

Das Risiko einer Inanspruchnahme aus den Haftungsverhältnissen wurde als gering eingestuft.

Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Die Aufwendungen aus Miet-, Pacht- und Leasingverträgen für Grundstücke, Gebäude, technische Anlagen und Betriebsausstattung sowie aus wesentlichen Dienstleistungsverträgen belaufen sich im Geschäftsjahr auf 6.345 Tsd. Euro (im Vorjahr 5.682 Tsd. Euro), davon gegenüber verbundenen Unternehmen 3.991 Tsd. Euro (im Vorjahr 3.875 Tsd. Euro). Die erwarteten zukünftigen Mindestzahlungen aus bestehenden Miet-, Pacht- und Leasingverträgen bzw. wesentlichen Dienstleistungsverträgen zum Bilanzstichtag belaufen sich auf insgesamt 36.735 Tsd. Euro (davon für die folgenden 12 Monate 6.013 Tsd. Euro); darin sind gegenüber verbundenen Unternehmen 34.852 Tsd. Euro (davon für die folgenden 12 Monate 4.203 Tsd. Euro) enthalten.

Zum Bilanzstichtag bestehen Verpflichtungen aus Bestellobligos für Investitionsvorhaben in Höhe von 21.569 Tsd. Euro (im Vorjahr 41.771 Tsd. Euro), davon gegenüber verbundenen Unternehmen 1.840 Tsd. Euro (im Vorjahr 605 Tsd. Euro).

Der Gesamtbetrag der sonstigen finanziellen Verpflichtungen beträgt somit 58.304 Tsd. Euro (im Vorjahr 81.164 Tsd. Euro). Davon bestehen gegenüber verbundenen Unternehmen 36.692 Tsd. Euro (im Vorjahr 38.472 Tsd. Euro).

Außerbilanzielle Geschäfte

Bezüglich der außerbilanziellen Geschäfte verweisen wir auf unsere Ausführungen zu den sonstigen finanziellen Verpflichtungen.

Aus den Miet- und Leasingverträgen resultieren Zahlungsverpflichtungen zum Abschlussstichtag in Höhe von 36.735 Tsd. Euro (im Vorjahr 39.393 Tsd. Euro). Die Laufzeiten der Verträge enden zwischen den Geschäftsjahren 2024/2025 und 2031/2032. Die Miet- und Leasingverträge dienen in der Regel zur Verbesserung der Liquidität und der Reduzierung der Bilanzsumme. Aus den zu geschäftsüblichen Konditionen abgeschlossenen Miet- und Leasingverträgen werden keinerlei besondere Risiken eingegangen.

Durchschnittliche Zahl der Beschäftigten

Im Durchschnitt waren im Geschäftsjahr bei der SCHOTT Pharma KGaA beschäftigt:

	2023/2024	2022/2023
Gewerbliche	398	387
Angestellte	282	251
	680	638

Honorar des Abschlussprüfers

Abschlussprüfer der SCHOTT Pharma KGaA und des SCHOTT Pharma Konzerns ist die EY GmbH & Co. KG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Eschborn/Frankfurt am Main (EY). Das Honorar für Abschlussprüfungsleistungen bezog sich vor allem auf die Prüfung des Konzernabschlusses der SCHOTT Pharma KGaA, Prüfungen der Jahresabschlüsse der SCHOTT Pharma KGaA und ihrer Tochterunternehmen sowie auf die prüferische Durchsicht des verkürzten Konzernzwischenabschlusses zum 31. März 2024. Andere Bestätigungsleistungen betreffen im Wesentlichen sonstige gesetzlich vorgeschriebene, vertraglich vereinbarte oder freiwillig beauftragte Bestätigungsleistungen.

Im Geschäftsjahr 2022/2023 enthielten die Abschlussprüfungsleistungen zudem die Honorare für die im Rahmen des Börsengangs durchgeführte Prüfung der Combined Financial Statements für die Geschäftsjahre 2019/2020, 2020/2021 und 2021/2022 und die anderen Bestätigungsleistungen die Honorare für die Erteilung des Comfort Letters. Die genannten Honorare wurden im Geschäftsjahr 2022/2023 auf Basis einer Kostenübernahmevereinbarung von Gesellschaften des SCHOTT Konzerns erstattet. Die Erträge aus der Erstattung wurden in den sonstigen betrieblichen Erträgen ausgewiesen.

Die Angaben zum Honorar für den Abschlussprüfer gem. § 285 Nr. 17 HGB für Leistungen an die SCHOTT Pharma KGaA sind im Anhang des Konzernabschlusses der SCHOTT Pharma KGaA enthalten.

Bezüge des Vorstands und des Aufsichtsrats

Die Gesamtvergütung der Vorstandsmitglieder belief sich im Geschäftsjahr 2023/2024 auf 1.524 Tsd. Euro (im Vorjahr 1.248 Tsd. Euro). Darin enthalten sind 65 Tsd. Euro für anteilsbasierte Vergütung im Rahmen des im Geschäftsjahr 2023/2024 eingeführten LTI-Programms. Die im Geschäftsjahr 2023/2024 gewährte Tranche umfasst den Leistungszeitraum vom 1. Oktober 2023 bis zum 30. September 2027 und basiert auf insgesamt 16.307 zugeteilten Performance Shares.

Die Vergütung der Mitglieder des Aufsichtsrats umfasst eine Grundvergütung sowie eine Vergütung für Ausschusstätigkeiten und betrug im Geschäftsjahr 2023/2024 340 Tsd. Euro (im Vorjahr 132 Tsd. Euro).

Die Grundzüge des Vergütungssystems sowie die Angabe der individuellen Vergütungen der Mitglieder des Vorstands sowie des Aufsichtsrats sind im Vergütungsbericht zusammengefasst.

Die Vergütungsverpflichtung der Vorstandsmitglieder liegt bei der SCHOTT Pharma Management AG. Jedoch hat die SCHOTT Pharma Management AG gegenüber der SCHOTT Pharma KGaA einen Anspruch auf Ersatz sämtlicher Auslagen im Zusammenhang mit der Führung der Geschäfte der Gesellschaft, einschließlich der Vergütung ihrer Organmitglieder. Im Rahmen dessen wurde die Vergütung von Vorstand und Aufsichtsrat der SCHOTT Pharma Management AG an die SCHOTT Pharma KGaA weiterbelastet. Da die SCHOTT Pharma KGaA

die Verpflichtung somit wirtschaftlich trägt und faktisch die Arbeitsleistung der Vorstandsmitglieder erhält, wurden auch sämtliche Rückstellungen und Abgrenzungen im Zusammenhang mit der Vorstandsvergütung auf Ebene der SCHOTT Pharma KGaA gebildet.

Für Herrn Andreas Reisse bestehen zwei Leistungszusagen in Form einer Direktzusage, die von der SCHOTT Pharma KGaA gewährt und von dieser Gesellschaft seit dem 30. September 2023 als gesetzlich unverfallbare Anwartschaft fortgeführt werden. Weitere Ansprüche aus diesen Leistungszusagen wurden und werden seit dem 30. September 2023 nicht erdient. Zum 30. September 2024 besteht eine Rückstellung in Höhe von 2.931 Tsd. Euro (Vorjahr: 2.909 Tsd. Euro).

Es wurden keine Zuschüsse oder Kredite an Mitglieder des Vorstands oder des Aufsichtsrats gewährt. Weiterhin ist die Gesellschaft keine Haftungsverhältnisse zu Gunsten von Mitgliedern des Vorstands oder des Aufsichtsrats eingegangen.

Geschäfte mit nahe stehenden Unternehmen und Personen

Wesentliche Geschäfte mit nahe stehenden Unternehmen und Personen zu nicht marktüblichen Bedingungen wurden nicht durchgeführt.

Persönlich haftender Gesellschafter

Persönlich haftender Gesellschafter der SCHOTT Pharma KGaA ist die SCHOTT Pharma Management AG mit Sitz in Mainz und einem gezeichneten Kapital von 50 Tsd. Euro.

Konzernabschluss

Die SCHOTT AG mit Sitz in der Hattenbergstraße 10, 55122 Mainz, Deutschland, stellt als Mutterunternehmen einen Konzernabschluss zum 30. September 2024 für den größten Kreis von Unternehmen auf, in den die SCHOTT Pharma KGaA einbezogen ist. Die Offenlegung des Konzernabschlusses der SCHOTT AG erfolgt im Internet sowie im Unternehmensregister.

Als Mutterunternehmen stellt die SCHOTT Pharma KGaA nach § 315e Abs. 1 HGB den Konzernabschluss für den kleinsten Kreis von Unternehmen auf der Grundlage der International Financial Reporting Standards (IFRS) auf, wie sie in der Europäischen Union anzuwenden sind. Der Jahresabschluss, der Lagebericht der SCHOTT Pharma KGaA, welcher mit dem Konzernlagebericht zusammengefasst ist, sowie der Konzernabschluss der SCHOTT Pharma KGaA werden jeweils im elektronischen Unternehmensregister veröffentlicht und sind zusätzlich auf unserer Website unter www.schott-pharma.com/investor-relations/de/news-und-veroeffentlichungen/berichte-und-praesentationen/ zugänglich.

Entsprechenserklärung nach § 161 AktG

Im September 2024 haben Vorstand und Aufsichtsrat die Entsprechenserklärung nach § 161 AktG abgegeben und danach öffentlich auf der Website der SCHOTT Pharma KGaA unter www.schott-pharma.com/investor-relations/de/corporate-governance/compliance-und-statuten/ dauerhaft zugänglich gemacht.

Angaben zu Beteiligungen am Kapital der SCHOTT Pharma AG & Co. KGaA

Der SCHOTT Pharma KGaA lagen zum 30. September 2024 die in der nachfolgenden Tabelle aufgeführten Angaben zu meldepflichtigen Beteiligungen gem. § 160 Abs. 1 Nr. 8 AktG vor. Im Falle einer mehrfachen Schwellenberührung wird jeweils die zeitlich letzte Meldung aufgeführt, die zur Schwellenberührung geführt hat. Sämtliche Stimmrechtsmitteilungen können auf der Website unter www.schott-pharma.com/investor-relations/de/aktie/stimmrechtsmitteilungen/ eingesehen werden. Die Angaben zu der Beteiligung in Prozent und in Stimmrechten können zwischenzeitlich überholt sein.

Aktionärsstruktur							
Meldepflichtiger	Sitz	Datum der Mitteilung	Datum der Schwellenberührung	Schwelle in %	Beteiligung in Stimmrechten		Zurechnungen gemäß WpHG
					in %	absolut	
SCHOTT Glaswerke Beteiligungs- und Export GmbH	Mainz	28.9.2023	27.9.2023	75,0 %	77,00 %	115.973.254	§ 33, § 34
State of Qatar	Doha, Katar	3.10.2023	2.10.2023	3,0 %	4,92 %	7.407.407	§ 33, § 34
The Capital Group Companies, Inc.	Los Angeles, USA	21.6.2024	20.6.2024	3,0 %	3,31 %	4.981.834	§ 33, § 34, § 38
T. Rowe Price Group, Inc.	Baltimore, USA	27.9.2024	25.9.2024	3,0 %	2,78 %	4.187.956	§ 33, § 34, § 38

Ergebnisverwendung

Der Bilanzgewinn des Geschäftsjahres 2023/2024 beträgt 67.347 Tsd. Euro. Aufsichtsrat und Vorstand schlagen der Hauptversammlung vor, eine Dividende von 0,16 Euro je Stückaktie (entspricht einer absoluten Dividende von 24.098 Tsd. Euro) zu zahlen und den verbleibenden Bilanzgewinn von 43.249 Tsd. Euro auf neue Rechnung vorzutragen.

Nachtragsbericht

Herr Dr. Wolfgang Wienand scheidet mit Wirkung zum 31. Dezember 2024 aus dem Aufsichtsrat der SCHOTT Pharma KGaA aus. Herr Prof. Dr. Wolfram Carius aus Mainz soll der Hauptversammlung am 4. Februar 2025 als Kandidat für die Nachfolge vorgeschlagen werden.

Darüber hinaus sind zwischen dem Bilanzstichtag (30. September 2024) und dem Aufstellungszeitpunkt (10. Dezember 2024) keine für die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der SCHOTT Pharma KGaA wesentlichen Ereignisse eingetreten.

7 ORGANE DER GESELLSCHAFT

Vorstand der SCHOTT Pharma Management AG als Komplementärin der SCHOTT Pharma AG & Co. KGaA

Andreas Reisse

Vorsitzender des Vorstands der
SCHOTT Pharma Management AG

(im Vorstand seit 15. Juli 2022)

Mandate:

Member of the Board of Directors, SCHOTT
Glass Technologies Co. Ltd., Suzhou, China

Chairman and Legal Representative of the Board
of Directors, SCHOTT Pharmaceutical Packaging
Co. Ltd., Zhejiang, China

Chairman of the Board of Directors, SCHOTT
Poonawalla Pvt. Ltd., Mumbai, Indien

Dr. Almuth Steinkühler

Mitglied des Vorstands (CFO) der
SCHOTT Pharma Management AG

(im Vorstand seit 15. Juli 2022)

Mandate:

Member of the Board of Directors, SCHOTT
Poonawalla Pvt. Ltd., Mumbai, Indien

Aufsichtsrat der SCHOTT Pharma AG & Co. KGaA

Peter Goldschmidt

Vorsitzender des Vorstands,
STADA Arzneimittel AG, Bad Vilbel

Vorsitzender des Aufsichtsrats der
SCHOTT Pharma AG & Co. KGaA

(im Aufsichtsrat seit 4. April 2023)

Mandate:

Mitglied des Aufsichtsrats,
SCHOTT Pharma Management AG, Mainz

Dr. Wolfgang Wienand

Chief Executive Officer,
Lonza AG, Basel, Schweiz (ab Juli 2024)

Chief Executive Officer, Siegfried Holding AG,
Zofingen, Schweiz (bis Juni 2024)

Stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrats der
SCHOTT Pharma AG & Co. KGaA

(im Aufsichtsrat seit 4. April 2023)

Mandate:

Mitglied im Board of Directors, Mettler-Toledo
International Inc., Columbus, USA

Mitglied des Aufsichtsrats,
SCHOTT Pharma Management AG, Mainz

Ann-Kristin Erkens

Chief Financial Officer,
SIG Group AG, Neuhausen, Schweiz

(im Aufsichtsrat seit 4. April 2023)

Eva Kienle

Chief Financial Officer,
KWS SAAT SE & Co. KGaA, Einbeck

(im Aufsichtsrat seit 4. April 2023)

Mandate:

Mitglied des Aufsichtsrats,
Zumtobel Group AG, Dornbirn, Österreich

Christine Wening

Head of Global Supply Chain Management

Arbeitnehmervertreterin

(im Aufsichtsrat seit 19. April 2023)

Mario Just

Betriebsrat

Arbeitnehmervertreter

(im Aufsichtsrat seit 19. April 2023)

Prüfungsausschuss

- Eva Kienle, Vorsitzende
- Ann-Kristin Erkens
- Christine Wening

Mainz, den 10. Dezember 2024

SCHOTT Pharma AG & Co. KGaA

vertreten durch den Vorstand der SCHOTT Pharma Management AG

Andreas Reisse

Dr. Almuth Steinkühler

AUFSTELLUNG DES MITTELBAREN UND UNMITTELBAREN ANTEILSBESITZES DER SCHOTT PHARMA AG & CO. KGAA ZUM 30.9.2024 GEMÄß § 285 SATZ 1 NR. 11 HGB

Name und Sitz der Gesellschaft	Kapitalanteil § 285 Nr. 11 HGB	Landes- währung	IFRS-Eigenkapital		IFRS-Ergebnis nach Steuern	
			LW	Euro *)	LW	Euro **)
	in %	(LW)	in Tsd.	in Tsd.	in Tsd.	in Tsd.
Verbundene Unternehmen						
Inland						
SCHOTT Pharma Mexico GmbH, Mainz	100,0	EUR	40.762	40.762	18	18
Ausland						
SCHOTT Envases Argentina S.A., Buenos Aires/Argentinien	100,0	ARS	10.450.624	9.643	-2.714.130	-2.504
SCHOTT Pharma Brasil Ltda., São Paulo/Brasilien	100,0	BRL	174.181	28.614	27.852	5.103 ¹
SCHOTT Pharmaceutical Packaging (Zhejiang) Co., Ltd., Huzhen Town/China	100,0	CNY	429.386	54.778	12.668	1.644 ¹
SCHOTT France Pharma Systems SAS, Pont-sur-Yonne/Frankreich	100,0	EUR	-1.789	-1.789	-597	-597
SCHOTT Pharma France SAS, Colombes /Frankreich	100,0	EUR	10.265	10.265	510	510
PT. SCHOTT Igar Glass, Bekasi/Indonesien	100,0	IDR	411.740.490	24.264	167.809.922	9.854
SCHOTT Envases Farmacéuticos SAS, Bogotá/Kolumbien	72,7	COP	31.756.265	6.820	10.394.726	2.415 ¹
SCHOTT de México, S.A. de C.V., Amatlan de los Reyes/Mexiko	100,0	MXN	1.307.756	59.795	142.883	7.726 ¹
SCHOTT Pharmaceutical Packaging OOO, Zavalzhye/Russland	100,0	RUB	849.762	8.196	274.757	2.740 ¹
SCHOTT forma vitrum holding ag, St. Gallen/Schweiz	100,0	CHF	63.727	47.737	13.932	14.778
SCHOTT Pharma Schweiz AG, St. Gallen/Schweiz	100,0	CHF	254.650	259.692	124.695	130.182
SCHOTT Hungary Kft., Lukácsháza/Ungarn	100,0	HUF	11.907.302	29.990	-1.838.468	-4.755
SCHOTT Pharma USA, Inc., Lebanon/USA	100,0	USD	78.593	70.329	17.814	16.423
SCHOTT PHARMA D.O.O. JAGODINA (vormals SCHOTT PHARMA D.O.O. BEOGRAD, Belgrad), Jagodina/Serbien	100,0	RSD	1.111.333	9.495	-387.559	-3.309
Beteiligungen						
Ausland						
SCHOTT Poonawalla Pvt. Ltd., Mumbai/Indien	50,0	INR	12.042.596	128.429	1.855.144	20.582 ²
Empha S.p.A., Turin/Italien	50,0	EUR	15.611	15.611	4.030	4.030 ¹
Smart Skin Technologies Inc., Fredericton/Kanada	20	CAD	10.094	6.890	-804	-544 ¹

¹ Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember

² Geschäftsjahr vom 1. April bis 31. März

*) Bei Gesellschaften mit fremder Währung erfolgt die Umrechnung des Eigenkapitals zum Stichtagskurs zum jeweiligen Bilanzstichtag.

**) Bei Gesellschaften mit fremder Währung erfolgt die Umrechnung des Jahresergebnisses zum Durchschnittskurs jeweiligen Bilanzstichtag.

VERSICHERUNG DER GESETZLICHEN VERTRETER

Wir versichern nach bestem Wissen, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Jahresabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der SCHOTT Pharma AG & Co. KGaA vermittelt und im Lagebericht, der mit dem Konzernlagebericht zusammengefasst ist, der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage der Gesellschaft so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird, sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung der SCHOTT Pharma AG & Co. KGaA beschrieben sind.

Mainz, den 10. Dezember 2024

SCHOTT Pharma AG & Co. KGaA
vertreten durch den Vorstand der SCHOTT Pharma Management AG

Andreas Reisse

Dr. Almuth Steinkühler

BESTÄTIGUNGSVERMERK DES UNABHÄNGIGEN ABSCHLUSSPRÜFERS

An die SCHOTT Pharma AG & Co. KGaA

VERMERK ÜBER DIE PRÜFUNG DES JAHRESABSCHLUSSES UND DES ZUSAMMENGEFASSTEN LAGEBERICHTS

PRÜFUNGSURTEILE

Wir haben den Jahresabschluss der SCHOTT Pharma AG & Co. KGaA, Mainz – bestehend aus der Bilanz zum 30. September 2024 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Oktober 2023 bis zum 30. September 2024 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der SCHOTT Pharma AG & Co. KGaA, der mit dem Konzernlagebericht der SCHOTT Pharma AG & Co. KGaA zusammengefasst wurde („Zusammengefasster Lagebericht“) für das Geschäftsjahr vom 1. Oktober 2023 bis zum 30. September 2024 geprüft. Die in Abschnitt Nichtfinanzielle Erklärung des Zusammengefassten Lageberichts enthaltene Zusammengefasste Nichtfinanzielle Erklärung und die auf der im Zusammengefassten Lagebericht angegebenen Internetseite veröffentlichte Erklärung zur Unternehmensführung, die Bestandteil des Zusammengefassten Lageberichts ist, haben wir in Einklang mit den deutschen gesetzlichen Vorschriften nicht inhaltlich geprüft. Des Weiteren haben wir die im dritten Absatz des Unterabschnitts „Konzernweites Chancen- und Risikomanagement“ in Abschnitt Chancen- und Risikobericht enthaltenen lageberichts-fremden Angaben nicht inhaltlich geprüft. Lageberichts-fremde Angaben im Zusammengefassten Lagebericht sind Angaben, die weder nach §§ 289 bis 289f, 315 bis 315d HGB vorgeschrieben, noch nach DRS 20 gefordert sind.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 30. September 2024 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Oktober 2023 bis zum 30. September 2024 und
- vermittelt der beigefügte Zusammengefasste Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Zusammengefasste Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar. Wir geben kein Prüfungsurteil zu dem Inhalt der oben genannten Zusammengefassten Nichtfinanziellen Erklärung und zu dem Inhalt der oben genannten Erklärung zur Unternehmensführung sowie zu dem Inhalt des oben genannten dritten Absatzes des Unterabschnitts „Konzernweites Chancen- und Risikomanagement“ im Abschnitt Chancen- und Risikobericht des Zusammengefassten Lageberichts ab.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Zusammengefassten Lageberichts geführt hat.

GRUNDLAGE FÜR DIE PRÜFUNGSURTEILE

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Zusammengefassten Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB und der EU-Abschlussprüferverordnung (Nr. 537/2014; im Folgenden "EU-APrVO") unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Zusammengefassten Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den europarechtlichen sowie den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Darüber hinaus erklären wir gemäß Artikel 10 Abs. 2 Buchst. f) EU-APrVO, dass wir

keine verbotenen Nichtprüfungsleistungen nach Artikel 5 Abs. 1 EU-APrVO erbracht haben. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Zusammengefassten Lagebericht zu dienen.

BESONDERS WICHTIGE PRÜFUNGSACHVERHALTE IN DER PRÜFUNG DES JAHRESABSCHLUSSES

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte sind solche Sachverhalte, die nach unserem pflichtgemäßen Ermessen am bedeutsamsten in unserer Prüfung des Jahresabschlusses für das Geschäftsjahr vom 1. Oktober 2023 bis zum 30. September 2024 waren. Diese Sachverhalte wurden im Zusammenhang mit unserer Prüfung des Jahresabschlusses als Ganzem und bei der Bildung unseres Prüfungsurteils hierzu berücksichtigt; wir geben kein gesondertes Prüfungsurteil zu diesen Sachverhalten ab.

Nachfolgend beschreiben wir die aus unserer Sicht besonders wichtigen Prüfungssachverhalte:

1. Umsatzrealisation, insbesondere im Hinblick auf die korrekte Umsatzlegung vor dem Bilanzstichtag

Gründe für die Bestimmung als besonders wichtiger Prüfungssachverhalt

Im Jahresabschluss der SCHOTT Pharma AG & Co. KGaA werden Umsatzerlöse aus dem Verkauf von Produkten dann realisiert, wenn die Verfügungsgewalt an den Produkten übertragen wurde. Dies ist regelmäßig der Fall, wenn der Gefahrenübergang unter Berücksichtigung der vereinbarten Incoterms erfolgt ist.

Aufgrund der Vielzahl an Kunden, den verschiedenartigen Produkten und der daraus resultierenden hohen Anzahl an unterschiedlichen vertraglichen Vereinbarungen, auch bezüglich des jeweiligen Gefahrenübergangs, ist hinsichtlich der Abbildung der Geschäftsvorfälle insbesondere in Bezug auf eine korrekte Periodenabgrenzung eine besondere Sorgfalt geboten. Vor diesem Hintergrund war die Umsatzrealisierung, insbesondere in Bezug auf die korrekte Umsatzlegung vor dem Bilanzstichtag, im Rahmen unserer Prüfung einer der bedeutsamsten Sachverhalte.

Prüferisches Vorgehen

Im Rahmen unserer Prüfung haben wir die im Jahresabschluss der SCHOTT Pharma AG & Co. KGaA angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsvorgaben für die Realisierung von Umsatzerlösen anhand der handelsrechtlichen Vorgaben gewürdigt. Weiterhin haben wir ein Verständnis der Ausgestaltung der zugrundeliegenden Unternehmensprozesse erlangt und ausgewählte Kontrollen des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems, insbesondere in Bezug auf die Änderungen von Incoterms und die korrekte Periodenabgrenzung der Umsatzerlöse, hinsichtlich ihres Aufbaus und ihrer Funktion in Bezug auf ihre Effektivität beurteilt. Wir haben die Umsatzrealisierung anhand der Vereinbarungen in Verträgen stichprobenhaft im Hinblick auf die handelsrechtlichen Anforderungen analysiert. Zum Nachweis der Existenz der Umsatzerlöse haben wir diese unter anderem daraufhin untersucht, ob sie zu Forderungen aus Lieferungen und Leistungen geführt haben und ob diese wiederum durch Zahlungseingänge ausgeglichen wurden. Zudem haben wir Analysen der Umsatzerlöse des Geschäftsjahres 2023/2024 im Hinblick auf die Periodenabgrenzung auf Basis analytischer Prüfungshandlungen und durch aussagebezogene Prüfungshandlungen, z.B. durch die Einholung von externen Saldenbestätigungen für Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie die Durchsicht von nach dem Bilanzstichtag erteilten Gutschriften, ergänzt.

Insgesamt haben sich aus unseren Prüfungshandlungen hinsichtlich der Umsatzrealisierung aus dem Verkauf von Produkten, insbesondere im Hinblick auf die korrekte Umsatzlegung vor dem Bilanzstichtag keine Einwendungen ergeben.

Verweis auf zugehörige Angaben

Zu den bezüglich der Umsatzrealisierung aus dem Verkauf von Produkten angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsgrundlagen verweisen wir auf die Angaben im Anhang im Abschnitt „3 Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze“ sowie „5 Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung“, jeweils Ausführungen zu den Umsatzerlösen.

2. Werthaltigkeit der Anteile an verbundenen Unternehmen, insbesondere in den USA und Mexiko

Gründe für die Bestimmung als besonders wichtiger Prüfungssachverhalt

Die SCHOTT Pharma AG & Co. KGaA hält Anteile an verbundenen Unternehmen, die einen wesentlichen Teil der Bilanzsumme ausmachen.

Entsprechend § 253 Abs. 3 Satz 5 HGB sind bei voraussichtlich dauerhafter Wertminderung außerplanmäßige Abschreibungen auf die Anteile an verbundenen Unternehmen vorzunehmen. Die Gesellschaft überprüft jährlich anhand der Planungsrechnungen der verbundenen Unternehmen, ob sich Hinweise auf eine voraussichtlich dauernde Wertminderung eines bilanzierten Anteils an einem verbundenen Unternehmen ergeben. Das Ergebnis dieser Überprüfung ist in hohem Maße abhängig davon, wie die gesetzlichen Vertreter der SCHOTT Pharma AG & Co. KGaA die künftige Entwicklung des Geschäfts des jeweiligen verbundenen Unternehmens einschätzen. Weiterhin wurden die Anteile an verbundenen Unternehmen in den USA sowie in Mexiko im Zuge der rechtlichen Restrukturierung des SCHOTT Pharma-Konzerns im Geschäftsjahr 2021/2022 zum beizulegenden Zeitwert übertragen, wodurch das Risiko einer Wertminderung aufgrund von Änderungen in Bezug auf die zugrunde liegenden Planungsrechnungen und Bewertungsparameter, insbesondere der anzuwendenden Kapitalkostensätze, besonders hoch ist. Vor dem Hintergrund der Wesentlichkeit der Anteile an verbundenen Unternehmen zur Bilanzsumme, der der Bewertung zugrunde liegenden Komplexität sowie der im Rahmen der Bewertung vorhandenen Ermessensspielräume war die Prüfung der Werthaltigkeit der bilanzierten Anteile an verbundenen Unternehmen im Rahmen unserer Prüfung einer der bedeutsamsten Sachverhalte.

Prüferisches Vorgehen

Im Rahmen unserer Prüfung haben wir zunächst die im Jahresabschluss angewandten Bewertungsvorgaben in Bezug auf ihre Übereinstimmung mit handelsrechtlichen Grundsätzen gewürdigt. Weiterhin haben wir ein Verständnis der Ausgestaltung der zugrundeliegenden Unternehmensprozesse erlangt und ausgewählte Kontrollen des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems identifiziert, sowie das durch die SCHOTT Pharma AG & Co. KGaA verwendete Bewertungsmodell in Bezug auf seine grundsätzliche Eignung, auch im Vergleich zu Vorjahren und hinsichtlich seiner rechnerischen Richtigkeit, beurteilt.

Die wesentlichen Prämissen haben wir mit den gesetzlichen Vertretern der SCHOTT Pharma AG & Co. KGaA hinsichtlich der angenommenen allgemeinen und branchenspezifischen Marktentwicklung besprochen und einen Abgleich mit den in der Vergangenheit realisierten Ergebnissen sowie zu externen Daten durchgeführt. Darüber hinaus haben wir die bei der Bestimmung der verwendeten Kapitalkostensätze herangezogenen Parameter analysiert und die Berechnung im Hinblick auf die sich darüber ergebenden handelsrechtlichen Anforderungen nachvollzogen. Ferner haben wir Sensitivitätsanalysen durchgeführt, um ein mögliches Wertminderungsrisiko bei einer für möglich gehaltenen Änderung einer der wesentlichen Annahmen der Bewertung einschätzen zu können. Unsere Prüfungshandlungen in Bezug auf die Werthaltigkeit der Anteile an verbundenen Unternehmen erfolgten unter Einbezug von internen Bewertungsspezialisten.

Aus unseren Prüfungshandlungen haben sich hinsichtlich der Werthaltigkeit der Anteile an verbundenen Unternehmen keine Einwendungen ergeben.

Verweis auf zugehörige Angaben

Zu den in Bezug auf die Anteile an verbundenen Unternehmen angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsgrundlagen verweisen wir auf die Angaben im Anhang im Abschnitt „3 Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze“ zu den Finanzanlagen, Abschnitt „4 Erläuterungen zur Bilanz“ zum „Anlagevermögen“ sowie im Abschnitt „5 Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung“ zu den „Abschreibungen auf Finanzanlagen“.

SONSTIGE INFORMATIONEN

Für die Erklärung nach § 161 AktG zum Deutschen Corporate Governance Kodex, die Bestandteil der Erklärung zur Unternehmensführung ist, sind die gesetzlichen Vertreter und der Aufsichtsrat verantwortlich. Im Übrigen sind die gesetzlichen Vertreter für die sonstigen Informationen verantwortlich. Die sonstigen Informationen umfassen die oben genannte Zusammengefasste Nichtfinanzielle Erklärung und die oben genannte Erklärung zur Unternehmensführung sowie die oben genannten im Zusammengefassten Lagebericht im dritten Absatz des Unterabschnitts „Konzernweites Chancen- und Risikomanagement“ in Abschnitt Chancen- und Risikobericht enthaltenen lageberichtsfremden Angaben. Ferner umfassen die sonstigen Informationen weitere für den Geschäftsbericht vorgesehene Bestandteile, von denen wir eine Fassung bis zur Erteilung dieses Bestätigungsvermerks erlangt haben, insbesondere:

- Versicherung der gesetzlichen Vertreter,
- alle übrigen Teile des veröffentlichten „Geschäftsberichts“,

aber nicht den Jahresabschluss, nicht die in die inhaltliche Prüfung einbezogenen Angaben des Zusammengefassten Lageberichts und nicht unseren dazugehörigen Bestätigungsvermerk.

Unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und Zusammengefassten Lagebericht erstrecken sich nicht auf die sonstigen Informationen, und dementsprechend geben wir weder ein Prüfungsurteil noch irgendeine andere Form von Prüfungsschlussfolgerung hierzu ab.

Im Zusammenhang mit unserer Prüfung haben wir die Verantwortung, die sonstigen Informationen zu lesen und dabei zu würdigen, ob die sonstigen Informationen

- wesentliche Unstimmigkeiten zum Jahresabschluss, Zusammengefassten Lagebericht oder unseren bei der Prüfung erlangten Kenntnissen aufweisen oder
- anderweitig wesentlich falsch dargestellt erscheinen.

Falls wir auf Grundlage der von uns durchgeführten Arbeiten den Schluss ziehen, dass eine wesentliche falsche Darstellung dieser sonstigen Informationen vorliegt, sind wir verpflichtet, über diese Tatsache zu berichten. Wir haben in diesem Zusammenhang nichts zu berichten.

VERANTWORTUNG DER GESETZLICHEN VERTRETER UND DES AUFSICHTSRATS FÜR DEN JAHRESABSCHLUSS UND DEN ZUSAMMENGEFASSTEN LAGEBERICHT

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen (d.h. Manipulationen der Rechnungslegung und Vermögensschädigungen) oder Irrtümern ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Zusammengefassten Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Zusammengefassten Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen

Vorschriften zu ermöglichen und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Zusammengefassten Lagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Gesellschaft zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Zusammengefassten Lageberichts.

VERANTWORTUNG DES ABSCHLUSSPRÜFERS FÜR DIE PRÜFUNG DES JAHRESABSCHLUSSES UND DES ZUSAMMENGEFASSTEN LAGEBERICHTS

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern ist, und ob der Zusammengefasste Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Zusammengefassten Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB und der EU-APrVO unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus dolosen Handlungen oder Irrtümern resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Zusammengefassten Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Zusammengefassten Lagebericht aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass aus dolosen Handlungen resultierende wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist höher als das Risiko, dass aus Irrtümern resultierende wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, da dolose Handlungen kollusives Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können;
- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Zusammengefassten Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme der Gesellschaft abzugeben;
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben;
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Zusammengefassten Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann;

- beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt;
- beurteilen wir den Einklang des Zusammengefassten Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage der Gesellschaft;
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Zusammengefassten Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Wir geben gegenüber den für die Überwachung Verantwortlichen eine Erklärung ab, dass wir die relevanten Unabhängigkeitsanforderungen eingehalten haben, und erörtern mit ihnen alle Beziehungen und sonstigen Sachverhalte, von denen vernünftigerweise angenommen werden kann, dass sie sich auf unsere Unabhängigkeit auswirken, und die hierzu getroffenen Schutzmaßnahmen.

Wir bestimmen von den Sachverhalten, die wir mit den für die Überwachung Verantwortlichen erörtert haben, diejenigen Sachverhalte, die in der Prüfung des Jahresabschlusses für den aktuellen Berichtszeitraum am bedeutsamsten waren und daher die besonders wichtigen Prüfungssachverhalte sind. Wir beschreiben diese Sachverhalte im Bestätigungsvermerk, es sei denn, Gesetze oder andere Rechtsvorschriften schließen die öffentliche Angabe des Sachverhalts aus.

SONSTIGE GESETZLICHE UND ANDERE RECHTLICHE ANFORDERUNGEN

Vermerk über die Prüfung der für Zwecke der Offenlegung erstellten elektronischen Wiedergaben des Jahresabschlusses und des Lageberichts nach § 317 Abs. 3a HGB

Prüfungsurteil

Wir haben gemäß § 317 Abs. 3a HGB eine Prüfung mit hinreichender Sicherheit durchgeführt, ob die in der 2024_SCHOTT_Pharma_EA_ESEF.zip enthaltenen und für Zwecke der Offenlegung erstellten Wiedergaben des Jahresabschlusses und des Lageberichts (im Folgenden auch als „ESEF-Unterlagen“ bezeichnet) den Vorgaben des § 328 Abs. 1 HGB an das elektronische Berichtsformat („ESEF-Format“) in allen wesentlichen Belangen entsprechen. In Einklang mit den deutschen gesetzlichen Vorschriften erstreckt sich diese Prüfung nur auf die Überführung der Informationen des Jahresabschlusses und des Zusammengefassten Lageberichts in das ESEF-Format und daher weder auf die in diesen Wiedergaben enthaltenen noch auf andere in der oben genannten Datei enthaltene Informationen.

Nach unserer Beurteilung entsprechen die in der oben genannten Datei enthaltenen und für Zwecke der Offenlegung erstellten Wiedergaben des Jahresabschlusses und des Zusammengefassten Lageberichts in allen wesentlichen Belangen den Vorgaben des § 328 Abs. 1 HGB an das elektronische Berichtsformat. Über dieses Prüfungsurteil sowie unsere im voranstehenden „Vermerk über die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ enthaltenen Prüfungsurteile zum beigefügten Jahresabschluss und zum beigefügten Lagebericht für das Geschäftsjahr vom 1. Oktober 2023 bis zum 30. September 2024 hinaus geben wir keinerlei Prüfungsurteil zu den in diesen Wiedergaben enthaltenen Informationen sowie zu den anderen in der oben genannten Datei enthaltenen Informationen ab.

Grundlage für das Prüfungsurteil

Wir haben unsere Prüfung der in der oben genannten Datei enthaltenen Wiedergaben des Jahresabschlusses und des Zusammengefassten Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 Abs. 3a HGB unter Beachtung des IDW Prüfungsstandards: Prüfung der für Zwecke der Offenlegung erstellten elektronischen Wiedergaben von Abschlüssen und Lageberichten nach § 317 Abs. 3a HGB (IDW PS 410 (06.2022)) durchgeführt. Unsere Verantwortung danach ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung der ESEF-Unterlagen“ weitergehend beschrieben. Unsere Wirtschaftsprüferpraxis hat die Anforderungen des IDW Qualitätsmanagementstandards: Anforderungen an das Qualitätsmanagement in der Wirtschaftsprüferpraxis (IDW QMS 1 (09.2022)) angewendet.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats für die ESEF-Unterlagen

Die gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft sind verantwortlich für die Erstellung der ESEF-Unterlagen mit den elektronischen Wiedergaben des Jahresabschlusses und des Lageberichts nach Maßgabe des § 328 Abs. 1 Satz 4 Nr. 1 HGB.

Ferner sind die gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie als notwendig erachten, um die Erstellung der ESEF-Unterlagen zu ermöglichen, die frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – Verstößen gegen die Vorgaben des § 328 Abs. 1 HGB an das elektronische Berichtsformat sind.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Prozesses der Erstellung der ESEF-Unterlagen als Teil des Rechnungslegungsprozesses.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung der ESEF-Unterlagen

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob die ESEF-Unterlagen frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – Verstößen gegen die Anforderungen des § 328 Abs. 1 HGB sind. Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – Verstöße gegen die Anforderungen des § 328 Abs. 1 HGB, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unser Prüfungsurteil zu dienen.
- gewinnen wir ein Verständnis von den für die Prüfung der ESEF-Unterlagen relevanten internen Kontrollen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Kontrollen abzugeben.
- beurteilen wir die technische Gültigkeit der ESEF-Unterlagen, d.h. ob die die ESEF-Unterlagen enthaltende Datei die Vorgaben der Delegierten Verordnung (EU) 2019/815 in der zum Abschlussstichtag geltenden Fassung an die technische Spezifikation für diese Datei erfüllt.
- beurteilen wir, ob die ESEF-Unterlagen eine inhaltsgleiche XHTML-Wiedergabe des geprüften Jahresabschlusses und des geprüften Lageberichts ermöglichen.

ÜBRIGE ANGABEN GEMÄß ARTIKEL 10 EU-APRVO

Wir wurden von der Hauptversammlung am 14. März 2024 als Abschlussprüfer gewählt. Wir wurden am 24. Juni 2024 vom Aufsichtsrat beauftragt. Wir sind ununterbrochen seit dem Rumpfgeschäftsjahr vom 22. März 2022 bis zum 30. September 2022 als Abschlussprüfer der SCHOTT Pharma AG & Co. KGaA tätig.

Wir erklären, dass die in diesem Bestätigungsvermerk enthaltenen Prüfungsurteile mit dem zusätzlichen Bericht an den Prüfungsausschuss nach Artikel 11 EU-APrVO (Prüfungsbericht) in Einklang stehen.

Wir haben folgende Leistungen, die nicht im Jahresabschluss oder im Zusammengefassten Lagebericht angegeben wurden, zusätzlich zur Abschlussprüfung für das geprüfte Unternehmen bzw. für die von diesem beherrschten Unternehmen erbracht:

- Prüferische Durchsicht des verkürzten Konzernzwischenabschlusses zum 31. März 2024
- Inhaltliche Prüfung des Vergütungsberichts nach § 162 Abs. 3 AktG
- Gesonderte Prüfung mit begrenzter Sicherheit der Nichtfinanziellen Erklärung

SONSTIGER SACHVERHALT – VERWENDUNG DES BESTÄTIGUNGSVERMERKS

Unser Bestätigungsvermerk ist stets im Zusammenhang mit dem geprüften Jahresabschluss und dem geprüften Zusammengefassten Lagebericht sowie den geprüften ESEF-Unterlagen zu lesen. Der in das ESEF-Format überführte Jahresabschluss und Zusammengefasste Lagebericht – auch die in das Unternehmensregister einzustellenden Fassungen – sind lediglich elektronische Wiedergaben des geprüften Jahresabschlusses und des geprüften Zusammengefassten Lageberichts und treten nicht an deren Stelle. Insbesondere ist der ESEF-Vermerk und unser darin enthaltenes Prüfungsurteil nur in Verbindung mit den in elektronischer Form bereitgestellten geprüften ESEF-Unterlagen verwendbar.

VERANTWORTLICHER WIRTSCHAFTSPRÜFER

Der für die Prüfung verantwortliche Wirtschaftsprüfer ist Christian Baur.

Eschborn/Frankfurt am Main, 10. Dezember 2024

EY GmbH & Co. KG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Baur
Wirtschaftsprüfer

Behr
Wirtschaftsprüferin

IMPRESSUM

DISCLAIMER / ZUKUNFTSBEZOGENE AUSSAGEN

Dieser Jahresabschluss enthält zahlreiche in die Zukunft gerichtete Aussagen, die auf Annahmen, Erwartungen und Absichten der Gesellschaft beruhen. Ausdrücke wie „erwarten“, „annehmen“, „beabsichtigen“ oder vergleichbare Begriffe lassen solche Aussagen erkennen. Diese Aussagen beruhen auf den der Geschäftsleitung gegenwärtig bekannten Informationen und Rahmenbedingungen. Diese können sich jederzeit ändern. Die Gesellschaft übernimmt keine Haftung dafür, dass sich die hier geäußerten Erwartungen und Annahmen künftig als zutreffend erweisen. Die Gesellschaft übernimmt auch keine Verpflichtung, ihre zukunftsgerichteten Aussagen zu aktualisieren, um sie an die Entwicklungen nach der Veröffentlichung dieses Jahresabschlusses anzupassen.

VERÖFFENTLICHUNG

Dieser Jahresabschluss wurde am 12. Dezember 2024 veröffentlicht. Dieses Dokument liegt ebenfalls in englischer Übersetzung vor. Bei Abweichungen ist die deutsche Fassung maßgeblich und geht der englischen Übersetzung des Dokuments vor.

Aus Nachhaltigkeitsgründen erfolgt kein Druck von Geschäfts- und Zwischenberichten sowie des Jahresabschlusses. Wir bieten alle Berichte online und als PDF zum Download an.

RUNDUNG, SPRACHE UND FORMATIERUNG

Aufgrund von Rundungen ist es möglich, dass einzelne Zahlen in diesem Dokument und in anderen Dokumenten nicht genau der angegebenen Summe entsprechen und dass dargestellte Prozentangaben nicht genau die absoluten Werte widerspiegeln, auf die sie sich beziehen.

Aus technischen Gründen kann es zu Abweichungen in der Formatierung zwischen den in diesem Dokument enthaltenen und den aufgrund gesetzlicher Vorgaben veröffentlichten Rechnungslegungsunterlagen kommen.

Für den Fall, dass in diesem Dokument die männliche Form verwendet wird, bezieht sich die Information dennoch auf alle Personen (männlich, weiblich, divers).

INFORMATIONEN

Internet: www.schott-pharma.com/de

Investor Relations: www.schott-pharma.com/investor-relations/de

Presse: www.schott-pharma.com/de/news-and-media

Übersetzung: Ralf Lemster Financial Translations GmbH, Frankfurt am Main

Fotografie: SCHOTT AG

HERAUSGEBER

SCHOTT Pharma AG & Co. KGaA

Hattenbergstrasse 10

55122 Mainz